

Handwerk, Landwirtschaft und Landkreise fordern Beschleunigung des Ausbaus schnellen Internets

Der Deutsche Bauernverband (DBV), der Deutsche Landkreistag (DLT) sowie der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) blicken mit Sorge auf den Stand des Breitbandausbaus in Deutschland. Zwar ist der Ausbau in den letzten Jahren vorangekommen, aber bei weitem nicht so umfassend, dass eine flächendeckend gute Internetversorgung in den nächsten Jahren auch nur annähernd erwartet werden kann. Zu langsam und zu fragmentarisch geht die Erschließung Deutschlands mit hochwertigen Breitbandanschlüssen voran, um die von der Bundesregierung bis 2018 in Aussicht gestellte flächendeckende Versorgung mit Übertragungsraten von mindestens 50 Mbit/s zu erreichen. Aktuell sind lediglich 64 Prozent der Haushalte in Deutschland mit schnellem Internet versorgt. In ländlichen Räumen ist die Versorgungslage besonders prekär. Sie liegt nur bei ca. 20 Prozent. Handwerk, Landwirtschaft sowie Landkreise und Gemeinden aber brauchen solche leistungsfähigen Anschlüsse, um ihre wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben in ländlichen Räumen weiter wahrnehmen zu können. Es geht beim Thema Breitbandausbau um die Sicherung der Zukunftsfähigkeit der ländlichen Räume in Deutschland!

DBV, DLT und ZDH fordern daher die rasche Umsetzung eines 5 Punkte-Planes, der klare Konzepte, zielstrebige Maßnahmen und tatkräftiges Engagement aller Beteiligten einfordert. Ausgangspunkt ist eine ausführliche Bedarfsanalyse.

I. Leistungsfähige Breitbandanschlüsse – Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit der ländlichen Räume in Deutschland

Wirtschaftliche Entwicklung, Lebensqualität und Zukunftsperspektiven ländlicher Räume hängen entscheidend von der Versorgung mit schnellem Internet ab.

Für **Handwerksbetriebe** sind leistungsfähige Anschlüsse unverzichtbar, um an elektronischen Ausschreibungen teilzunehmen, mit privaten Auftraggebern zu kommunizieren,

neue überregionale Absatzpotenziale zur erschließen oder bei Bau- oder Ausbauprojekten mit anderen Beteiligten Daten auszutauschen. Auch in der **Landwirtschaft** wachsen durch den zunehmenden Einsatz von Elektronik und Satellitentechnik die Datenströme und Cloud-Anwendungen (Stichwort: Präzisionslandwirtschaft). Diese Entwicklung der zunehmenden Digitalisierung wird durch wachsende staatliche Meldepflichten und elektronische Nachweisverfahren im Rahmen der EU-Agrarpolitik verstärkt. Die Ansprüche an die Anbindungsqualität wachsen dynamisch. Das gilt auch für die **Kommunen**. E-Government gewinnt immer mehr an Bedeutung. Telemedizin, Forschung, Energiewende (intelligente Netze bzw. smart grid), online gesteuerte Systeme und E-Learning im Bildungs- und E-Health im Gesundheitsbereich sind weitere Stichworte für Anwendungsbereiche, die besonders in ländlichen Gebieten schnelle Internetverbindungen erforderlich machen. Schnelles Breitband ist besonders auch für die Bleibe- und Standortperspektiven von jungen Familien und Fachkräften wichtig und damit für eine nachhaltige Wertschöpfung in der Region.

II. Wie es uns gelingt, den Breitbandausbau in ländlichen Räumen zu beschleunigen – Fünf Punkte für einen erfolgreichen Breitbandausbau:

Die am Markt agierenden Telekommunikationsunternehmen konzentrieren sich auf die Versorgung wirtschaftlich attraktiver Ballungsräume. Würde sich der Breitbandausbau in ländlichen Räumen weiter allein an kurzfristigen Wirtschaftlichkeitsvorstellungen orientieren, käme es zwangsläufig zu zahlreichen dauerhaften Versorgungslücken. Kleinere Kommunen und abgelegene Ortsteile würden langfristig unterversorgt bleiben, weil den hohen Kosten für den Bau eines Netzes aufgrund der geringen Anzahl potenzieller Nutzer nur relativ geringe Erträge gegenüberstehen. Die große gesamtgesellschaftliche Rolle der ländlichen Räume würde bei einer derartigen Herangehensweise jedoch nicht berücksichtigt. Es droht eine dauerhafte digitale Spaltung zwischen Land und



ZDH
ZENTRALVERBAND DES
DEUTSCHEN HANDWERKS



DEUTSCHER
LANDKREISTAG

Stadt, die es schon wegen des verfassungsrechtlichen Gebots der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu verhindern gilt.

Der von der Regierungskoalition im Bundestag eingebrachte Entschließungsantrag „Moderne Netze für ein modernes Land – Schnelles Internet für alle“ (BT-Drs. 18/1973) sowie der Koalitionsvertrag und die darauf aufbauende Digitale Agenda der Bundesregierung vom August 2014 beinhalten grundsätzlich richtige Ansätze zur dringend notwendigen Beschleunigung des Breitbandausbaus, gerade auch in ländlichen Räumen. Die Bundesregierung wie die Abgeordneten des Deutschen Bundestages bekennen sich dazu, die Akteure auf kommunaler Ebene im Sinne einer kommunikativen Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen beim Breitbandausbau unterstützen zu wollen. Umso wichtiger ist es, dass den vielen Ankündigungen nun auch schnell zielführende Taten folgen.

Folgenden Punkten kommt nach der gemeinsamen Überzeugung von DBV, DLT und ZDH eine zentrale Bedeutung zu:

1. Die Erschließung ländlicher Räume mit Glasfaserinfrastrukturen voranbringen

DBV, DLT und ZDH sind sich mit den Netzausbauexperten einig: Auch in ländlichen Räumen sollten Glasfasernetze rasch und ausreichend nah an den Nutzer schnellen Internets herangeführt werden. Je näher Glasfaser an den Nutzer gelangt, umso höhere Übertragungsraten und Kapazitäten sind erreichbar. Für die Ersetzung der noch vorhandenen Kupferleitungen durch Glasfasern spricht die auf Dauer höhere Wirtschaftlichkeit solcher Anschlüsse.

Dieses Ziel wird aber nur zu erreichen sein, wenn alle Beteiligten – insbesondere die Kommunen, die Wirtschaft vor Ort und die Telekommunikationsbranche – eng zusammenwirken. Dabei geht es nicht darum, Marktprozesse zu beeinträchtigen; diese sollen vielmehr stimuliert und dort ergänzt werden, wo ein Ausbau unter rein betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten der Telekommunikationswirtschaft nicht umfassend möglich ist. Ein auf Glasfaser ausgerichteter Breitbandausbau in ländlichen Räumen setzt koordinierte kommunale und unternehmerische Initiativen vor Ort voraus. Diese gilt es, zielgerichtet zu unterstützen. Um die Versorgungslücken schnell schließen zu können, muss eine Reihe von weiteren technischen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden.

Deutscher Bauernverband, Deutscher Landkreistag und Zentralverband des Deutschen Handwerks treten dafür ein, dass auch in ländlichen Räumen Glasfasernetze rasch und möglichst nah an die Nutzer schnellen Internets herangeführt werden. Je näher Glasfaser an die Nutzer gelangt, umso höhere Übertragungsraten und Kapazitäten sind erreichbar. Eine Versorgung mit 50 MBit/s kann dabei nur ein Zwischenziel sein; auf längere Frist werden wesentlich höhere Übertragungsraten erforderlich sein.

2. Verantwortlichkeiten klar definieren – Breitbandausbau dezentral organisieren

Für den Breitbandausbau in ländlichen Räumen spielt die kommunale Ebene eine wichtige Rolle. Schon heute engagieren sich zahlreiche Landkreise, Städte und Gemeinden sowie lokale Initiativen von Bevölkerung und Wirtschaft für den Breitbandausbau in ihrem Gebiet. Dabei hat es sich bewährt, wenn Landkreise und Gemeinden sowie ortsansässige Wirtschaft eng zusammenwirken, damit eine wirtschaftlich tragfähige flächendeckende Infrastruktur mit schnellem Breitband rasch entstehen kann. Wie die Erfahrungen besonders in Hessen, aber auch in anderen Bundesländern zeigen, empfiehlt es sich, in Regionen, wo kein schneller Anschluss in Initiative der Telekommunikationswirtschaft bereitgestellt wird, den Breitbandausbau auf Ebene der Landkreise (oder sogar Landkreis übergreifend) zu organisieren. Landkreise und Gemeinden sollten unter Einbeziehung des ansässigen Mittelstands Ausbaustrategien erarbeiten, die für die Region die technischen Standards und Vorgehensweisen für den Breitbandausbau festlegen. In welchem institutionellen Rahmen dies geschieht, muss vor Ort entschieden werden.

In vielen Fällen haben sich die Beteiligten dazu entschlossen, den Bau der erforderlichen Breitbandinfrastrukturen selbst zu organisieren. Sie haben dazu Gesellschaften gegründet, an denen sich der Landkreis, seine Gemeinden sowie auch private Partner aus der Region beteiligen. Aber auch entsprechende Zweckverbände bzw. andere Formen einer interkommunalen Zusammenarbeit kommen in Betracht. Ein solches regionale Engagement bietet – vor allem, wenn die örtliche Wirtschaft von Anfang an in die Planungen und besonders in die bauliche Erstellung einbezogen wird – auch die Chance, Bürger und Unternehmen von den Möglichkeiten des neuen Netzes zu überzeugen und sie zu seiner Nutzung zu animieren. Das kommunale Engagement beschränkt sich dabei grundsätzlich auf die Organisation der Errichtung der notwendigen passiven Infrastruktur in der Region.



ZDH
ZENTRALVERBAND DES
DEUTSCHEN HANDWERKS



DEUTSCHER
LANDKREISTAG

Deutscher Bauernverband, Deutscher Landkreistag und Zentralverband des Deutschen Handwerks treten für klare Verantwortlichkeiten beim Breitbandausbau in der Region ein. Um eine flächendeckende Versorgung mit hochleistungsfähigen Breitbandanschlüssen sicherzustellen, sollte der Breitbandausbau in territorialen Einheiten wie Landkreise oder im gemeindeübergreifenden Zusammenwirken unter Einbindung der örtlichen Wirtschaft vorangetrieben werden.

3. Kosten für den Breitbandausbau senken

Der mit Abstand größte Kostenfaktor beim Ausbau hochleistungsfähiger Breitbandnetze ist die Leitungsverlegung. Wenn es gelingt, hier Einsparungen zu erreichen, wird dies zu einer deutlichen Beschleunigung des Breitbandausbaus beitragen.

Informationen über Lage und Nutzungsmöglichkeiten von Infrastrukturen, die für eine Mitnutzung in Betracht kommen, müssen in transparenter Form leicht zugänglich sein. Daher muss der Infrastrukturatlas der Bundesnetzagentur weiterentwickelt werden. Über den Infrastrukturatlas müssen flächengenaue Informationen verfügbar sein, die von Ausbauinitiativen in ländlichen Räumen als Basis für eine sachgerechte Planung von Breitbandinfrastrukturen genutzt werden können.

Die sogenannte Kostenreduzierungsrichtlinie der EU enthält wichtige Vorgaben für den effektiven Breitbandausbau, die zeitnah in nationales Recht umgesetzt werden sollten. Sinnvoll sind insbesondere die Regelungen der Richtlinie zu einer besseren Koordinierung von Bauarbeiten. Tiefbaumaßnahmen, die für eine Mitverlegung von Leerrohren geeignet sind, sollten für alle potenziellen Nutzer transparent gemacht werden, z. B. in Form von „Baustellenatlanten“ oder ähnlichen Verzeichnissen.

Am größten sind Einspareffekte, wenn Erdarbeiten weitgehend vermieden werden können. Deshalb müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass vorhandene Infrastrukturen (insbesondere Strom-, Gas-, Fernwärme- und Abwassernetze, aber auch Verkehrsinfrastrukturen) für den Breitbandausbau genutzt werden können.

Die Chancen und Synergieeffekte innovativer Leitungsführungen sollten auf Basis des erreichten technischen Standards der Leitungstechnik schnell für die Breitbandversorgung aktiviert werden, ohne dass der primäre Zweck der

vorhandenen Leitungsanlagen beeinträchtigt wird. Dabei müssen auch Haftungs- und Verantwortlichkeitsfragen klar geregelt sein.

Wo die Mitnutzung vorhandener Infrastrukturen nicht in Betracht kommt, müssen die Tiefbaukosten durch die Anwendung innovativer Verlegetechniken gesenkt werden. Das Telekommunikationsgesetz ermöglicht hier beispielsweise das Verfahren des Micro- und Minitrenchings, bei dem Telekommunikationskabel in einen in den Asphalt gefrästen Spalt verlegt werden. Angesichts der Potenziale dieser Methode ist eine schnelle Anwendung in der Praxis zu ermöglichen. Die technischen Regeln und rechtlichen Rahmenbedingungen sind rasch zu klären, damit sichergestellt ist, wie solche Eingriffe sicher und unter Wahrung eines einwandfreien Zustands des Straßenkörpers durchzuführen sind. Erfahrungen sind auch aus anderen Ländern wie den Niederlanden aufzugreifen, wo innovative Verlegemethoden wie „untiefe Verlegungen“ bereits genutzt werden.

Deutscher Bauernverband, Deutscher Landkreistag und Zentralverband des Deutschen Handwerks sprechen sich dafür aus, die in der Kostenreduzierungsrichtlinie der EU enthaltenen Vorgaben zu einer optimalen Nutzung von Synergien und zur Reduzierung der Tiefbaukosten durch eine bessere Koordinierung von Bauarbeiten zeitnah in nationales Recht umzusetzen. Außerdem müssen die Voraussetzungen für einen rechtssicheren Einsatz alternativer kostengünstiger Verlegetechniken unter Berücksichtigung der anerkannten Regeln der Technik geschaffen werden (Micro- und Minitrenching, untiefe Verlegungen).

4. Neue Frequenzen für die mobile Breitbandversorgung nutzen

Auch wenn auf längere Sicht nach jetzigem Stand der Technik allein eine flächendeckende Glasfaserversorgung geeignet ist, um der vorhandenen und stetig wachsenden Nachfrage nach Übertragungskapazitäten ausreichend Rechnung zu tragen, bieten leistungsfähige Mobilfunknetze – mit Einschränkungen – kurzfristig die Chance, Versorgungslücken in ländlichen Räumen schnell und kostengünstig zu schließen und damit den Zeitraum bis zum Ausbau entsprechender Leitungsnetze zu überbrücken. Der schnelle Ausbau solcher Mobilfunknetze leistet auch einen Beitrag zur Erschließung weiterer Regionen mit Glasfasernetzen, denn die Mobilfunk-Sendemaste müssen an die Glasfaser-Technologie angeschlossen sein, wenn die erforderlichen Übertragungsraten im Mobilfunknetz erreicht werden sollen. Angesichts der



ZDH
ZENTRALVERBAND DES
DEUTSCHEN HANDWERKS



DEUTSCHER
LANDKREISTAG

wachsenden Zahl mobiler Endgeräte müssen auch in den ländlichen Räumen beide Infrastrukturen ausgebaut werden.

Voraussetzung für den weiteren Ausbau mobiler Breitbandnetze ist eine entsprechende Ausstattung der Netzbetreiber mit geeigneten Frequenzen. Dazu muss die terrestrische Fernsehversorgung zügig auf den neuen Standard DVB-T2 umgestellt werden. Die dadurch freiwerdenden zusätzlichen Frequenzen („Digitale Dividende II“) müssen prioritär den unterversorgten ländlichen Räumen zugute kommen. Das gilt auch für den Einsatz der Versteigerungserlöse aus der „Digitalen Dividende II“.

Deutscher Bauernverband, Deutscher Landkreistag und Zentralverband des Deutschen Handwerks fordern Bund und Länder auf, noch im Jahr 2014 die Voraussetzungen für eine schnelle Vergabe zusätzlicher Frequenzen für den mobilen Breitbandausbau zu schaffen. Die Vergabe der Frequenzen ist mit einer Auflage zur prioritären Versorgung der ländlichen Räume mit hochwertigen Breitbandanschlüssen zu verbinden.

5. Fördermittel schnell bereitstellen – Finanzierungsmöglichkeiten verbessern

Bei allen Anstrengungen der Akteure vor Ort: Ohne die Bereitstellung zusätzlicher Fördermittel in nennenswertem Umfang wird der rasche Ausbau von schnellem Breitband in ländlichen Räumen nicht gelingen. Das erkennen auch der Koalitionsvertrag sowie der Entschließungsantrag der Regierungsfractionen an. Einige Länder – insbesondere Bayern – sind mit gutem Beispiel vorangegangen und haben eigene Programme aufgelegt; andere Länder sollten sich dem anschließen. Gefordert ist auch der Bund, der es nicht dabei belassen darf, nur die Rahmenbedingungen zu setzen. Bund und Länder sollten sich dabei von der Erkenntnis leiten lassen, dass jeder Euro Fördermittel für den Breitbandausbau eine Investition in die Zukunft ist, die erhebliche Wertschöpfungseffekte auslöst und die ländlichen Räume als Wirtschaftsräume der Zukunft sichert. Eine leistungsfähige Breitbandversorgung vermag auch, die Folgen des demografischen Wandels im ländlichen Raum abzumildern.

Vor diesem Hintergrund ist es ein erster richtiger Schritt, die aus der Vergabe der Frequenzen zu erwartenden Erlöse zweckgebunden für den Breitbandausbau in unterversorgten ländlichen Räumen einzusetzen. Von diesen Fördermitteln müssen gleichberechtigt neben großen privaten Telekommunikationsanbietern auch kommunale Initiativen (z.B. aus

öffentlicher Hand und örtlicher Wirtschaft) profitieren. Dringend benötigt wird darüber hinaus das von der Bundesregierung angekündigte Sonderfinanzierungsprogramm „Premiumpförderung Netzausbau“ der KfW. Das Programm muss mit ausreichenden Mitteln dotiert sein, um Wirkung entfalten zu können. In einigen Ländern gibt es bereits vergleichbare Programme, die sich bewährt haben. Bei der Ausgestaltung der Förder- und Finanzierungsprogramme ist darauf zu achten, dass sie vor allem der flächendeckenden Erschließung in ländlichen Räumen zugute kommen. Im Zusammenwirken mit der EU-Kommission müssen schnell stabile beihilferechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die den Breitbandausbau in ländlichen Räumen erleichtern. Um einen sinnvollen Einsatz der Fördermittel zu gewährleisten, sollten das Breitbandbüro des Bundes und die Kompetenzzentren der Länder gestärkt und ihre Beratungsangebote ausgebaut werden.

Eine wesentliche Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten für Breitbandprojekte in ländlichen Räumen kann erreicht werden, wenn bislang unterversorgte Gebiete durch ein Konzessionierungsrecht der Kommunen zu einem einheitlichen Netzgebiet zusammengefasst werden. Dadurch kann ein privater Anbieter verpflichtet werden, neben den lukrativen dichter besiedelten Bereichen einer Region auch die Erschließung der restlichen Gebiete zu übernehmen. Im Falle einer Erschließung durch eine kommunale Initiative würde lediglich eine physische Infrastruktur erstellt, die dann allen Anbietern zu fairen und diskriminierungsfreien Konditionen zur Verfügung stehen würden. Das Konzessionsmodell hat sich bei der Erschließung der ländlichen Räume mit Energienetzen bereits bewährt.

Deutscher Bauernverband, Deutscher Landkreistag und Zentralverband des Deutschen Handwerks fordern Bund und Länder auf, die vorgesehenen Förderprogramme für den Breitbandausbau zeitnah und in angemessenem Umfang auf den Weg zu bringen. Die Mittel aus der Vergabe von Frequenzen für mobile Netze müssen zweckgebunden für den Breitbandausbau in unterversorgten ländlichen Gebieten eingesetzt werden und auch für kommunale Initiativen zur Verfügung stehen. Bei der KfW sollte noch 2014 das angekündigte Sonderfinanzierungsprogramm aufgelegt werden. Ein kommunales Konzessionierungsrecht kann die wirtschaftliche Tragfähigkeit von Breitbandprojekten in ländlichen Räumen deutlich verbessern und sollte verstärkt angewandt werden.

Berlin, im Oktober 2014